

Sozialraum- und Lebensweltanalyse Landkreis Rostock

Teil 2: Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe aus Sicht der Akteure

2.1 Freie Träger mit Hilfen zur Erziehung

S. Wittmann und R. Skupin

IMPRESSUM

Projektleitung Teil 2.1

Rajko Skupin, FHöVPR M-V, Fachbereich Allgemeine Verwaltung

Prof. Dr. Simone Wittmann, FHöVPR M-V, Fachbereich Allgemeine Verwaltung

Kooperationspartner Landkreis Rostock

Nina Bergles, Leitung Amt für Kinder- und Jugendhilfe

Stephan Urgast, Leitung Amt für Jugend und Familie

Ulrike Grimnitz, Amt für Jugend und Familie (1. stellv. AL), Leitung SG Jugendhilfeplanung/Haushalt

Janine Pettke, Amt für Jugend und Familie, SG Jugendhilfeplanung/Haushalt

Beteiligte Studierende

Sophie Heinrich, Johanna Ihde, Jennifer Lohmann, Svenja Marten, Alina-Jolie Priemer, Julia Schmidt, Paul Schülke, Greta Schultze, Florian Weiß, Lena Werner, Susanne Zander, Tom Zander

Zitiervorschlag

Wittmann, S. & Skupin, R. (2023). Sozialraum- und Lebensweltanalyse für den Landkreis Rostock. Teil 2.1: Bericht über die Ergebnisse der Interviews mit den freien Trägern der Jugendhilfe zu Hilfen zur Erziehung.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
1.1	Überblick über Hilfen zur Erziehung und freie Träger im Landkreis Rostock.....	2
1.2	Methodische Grundlagen der berichteten Ergebnisse aus den Interviews.....	4
2	Aktuelle Bedingungen, Herausforderungen und Bedarfe	6
2.1	Personal.....	6
2.2	Ausstattung: räumlich, technisch, materiell	7
2.3	Finanzen.....	8
2.4	Gesamteinschätzung.....	10
3	Zukunft der Hilfen zur Erziehung bis 2030: Prognosen, Pläne.....	12
4	Kritik, Wünsche und Anregungen.....	14
5	Fazit und Ausblick	18
5.1	Zusammenfassung	18
5.2	Handlungsempfehlungen.....	18
5.3	Nächste Schritte.....	19
	Anhang: Datengrundlage	21
A.	Aktuelle Bedingungen, Herausforderungen und Bedarfe	21
a.	Personal.....	21
b.	Ausstattung: räumlich, technisch, materiell	22
c.	Finanzen.....	23
d.	Gesamteinschätzung.....	24
B.	Zukunft der Hilfen zur Erziehung bis 2030: Prognosen, Pläne.....	26
a.	Prognose der Hilfebedarfe.....	26
b.	Begründungen für die Prognose	27
c.	Pläne der Träger.....	28
C.	Kritik, Wünsche und Anregungen.....	30

1 Einleitung

Diese Studie ist Teil des Gesamtprojekts *Sozialraum- und Lebensweltanalyse Landkreis Rostock*. In Zusammenarbeit der Ämter für Jugend und Familie sowie für Kinder- und Jugendhilfe und der FHÖVPR M-V Güstrow verfolgt das Projekt das Ziel, Sozialräume zu identifizieren, Jugendhilfestrukturen zu erfassen und Entwicklungspotenziale aufzudecken. Damit soll eine empirisch begründete Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die Jugendhilfeplanung im Landkreis Rostock geschaffen werden.

Das Gesamtprojekt der Sozialraum- und Lebensweltanalyse gliedert sich in drei Teile:

Teil 1: Sozialraumstatistik analysiert Potenzial- und Risikoräume anhand sozialstatistischer Daten. Diese Perspektive bietet Einblicke in die Grobstruktur der Sozialräume und bildet den Referenzrahmen für die weiteren Teile des Projektes.

Teil 2: Anbieter und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gibt einen Überblick über die verschiedenen Akteure, insbesondere die freien und öffentlichen Träger, sowie deren Angebote. Es werden Herausforderungen bei der Umsetzung von Maßnahmen, Prognosen zur Entwicklung von Bedarfen und Empfehlungen zur Verbesserung der Kinder-, Jugend- und Familienförderung beleuchtet. Diese Perspektive spiegelt die soziale Feinstruktur der Sozialräume wider, wie sie sich in den Erfahrungen der Akteure vor Ort zeigt.

Teil 3: Subjektive Lebenswelten von jungen Menschen und ihren Eltern erfasst die subjektiven Lebenslagen, Lebensraumbezüge sowie Interessen und Bedarfe der Zielgruppen hinsichtlich ihrer Lebensräume, der vorhandenen Angebote und Nutzungsmöglichkeiten.

Der vorliegende Bericht gehört zu Teil 2 und konzentriert sich auf einen spezifischen Aspekt, nämlich die Infrastruktur der Hilfen zur Erziehung (HzE) im Landkreis Rostock, insbesondere auf die freien Träger. Ein späterer Bericht wird sich den öffentlichen Trägern widmen.

Der Bericht basiert auf Interviews mit Expertinnen und Experten ambulanter sowie teilstationärer und stationärer (zusammengefasst: (teil-)stationärer) HzE. Er bündelt also die Praxisexpertise der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Es werden die von den Akteuren geäußerten Einschätzungen der aktuellen Bedingungen, ihre Prognosen zur Entwicklung der Bedarfe und ihre Kritik, Wünsche und Vorschläge betrachtet, um daraus Impulse zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien im Landkreis Rostock zu erhalten.

Allen Beteiligten, die bereit waren, ihre Erfahrungen, Ansichten und Vorschläge mit uns zu teilen, sei ganz herzlich gedankt!

Der Bericht ist wie folgt aufgebaut:

Zur Einordnung der Interviewergebnisse wird zuerst mit Rückgriff auf statistische Daten (siehe auch Teil 1 der Sozialraum- und Lebensweltanalyse: Sozialstatistik) ein Überblick über HzE im Landkreis Rostock sowie über die hier aktiven freien Träger gegeben. Im Anschluss wird die methodische Grundlage des vorliegenden Berichts erläutert.

Der Hauptteil stellt die Ergebnisse der Experteninterviews dar. Er ist unterteilt in drei Themenschwerpunkte, in denen jeweils auch mögliche Unterschiede zwischen ambulanten und (teil-)stationären HzE geprüft werden:

- (1) Aktuelle Bedingungen, Herausforderungen und Bedarfe
- (2) Zukunft der Hilfen zur Erziehung bis 2030: Prognosen, Pläne
- (3) Kritik, Wünsche und Anregungen

Die Erkenntnisse zu diesen drei Themenschwerpunkten werden am Ende zusammengefasst. Es werden Handlungsempfehlungen herausgearbeitet und Vorschläge für weitere Schritte unterbreitet.

1.1 Überblick über Hilfen zur Erziehung und freie Träger im Landkreis Rostock

Die HzE und verwandte Leistungen nach den §§ 27 ff., 35a und 41 SGB VIII gehören zu den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. § 27 SGB VIII ist die Grundnorm für alle HzE und zugleich Voraussetzung für alle Varianten der Hilfeerbringung nach den §§ 28 bis 35 SGB VIII. § 41 SGB VIII (Hilfe für junge Volljährige) verlängert die HzE bis ins Erwachsenenalter. Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII stellt hingegen keine HzE dar, wird aber weitgehend nach denselben Regelungen erbracht. Sie bildet daher neben den Leistungen nach §§ 27 bis 35 SGB VIII den Fokus der vorliegenden Untersuchung.

Die Gesamtmenge an HzE für junge Menschen und Familien des Landkreises Rostock nach §§ 27 bis 35 SGB VIII sowie der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII betrug im Jahr 2021 2.029 Fälle.

Unterteilt man die HzE nach familienergänzenden (ambulanten und teilstationären) und familienersetzenden (stationären) Hilfen, ergeben sich die in Abbildung 1 dargestellten Anteile (inklusive der verwandten Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII). Der größte Anteil an HzE entfällt demnach auf ambulante Angebote.

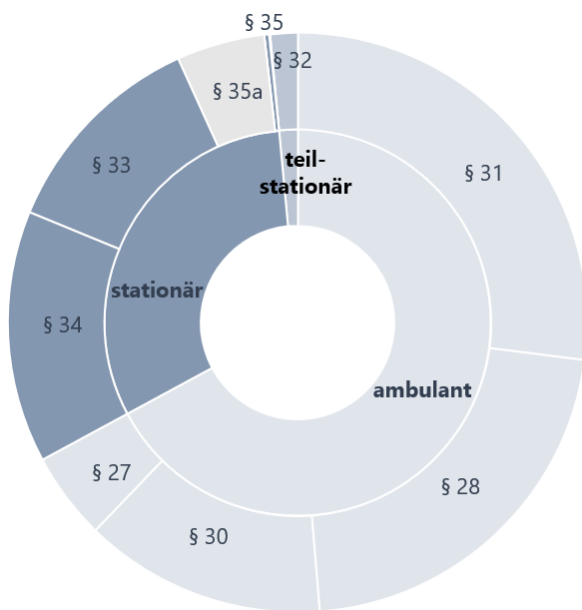


Abbildung 1. Anteile der Formen von HzE nach SGB VIII im Landkreis Rostock (Stand: 2021)

Für junge Menschen und Familien im Landkreis Rostock sind insgesamt folgende 22 freie Träger tätig (alphabetische geordnet):

ASB Kinder- und Jugendhilfe gGmbH
 AWO Soziale Dienste gGmbH Güstrow
 Caritas Region Rostock
 CJD Nord
 Diakonie Güstrow e.V. Beratungszentrum
 DRK-Kreisverband Güstrow e.V.
 Erziehungsstelle „Zusammengänger“
 GeBEG Rostock
 Güstrower Bildungshaus e.V.
 Heilpädagogische Praxis Gräber
 Heilpädagogisches Zentrum der Lebenshilfe Bützow gGmbH
 helfen zu leben – Teßmer & Wroblewski Partnerschafts-Gesellschaft
 Hütte e.V. Rostock
 IB Ostmecklenburg
 jgh & kids e.V.
 Jugend- und Sozialwerk Region Rostock gGmbH
 Kinderhaus Schütt
 Mini-Bauernhof Spaar
 Regionalverband der AWO Bad Doberan e.V.
 Systemisches Beratungszentrum Güstrow
 Volkssolidarität Bad Doberan/Rostock Land e.V.
 Wohngruppe „Fischvilla“ Kasbohm

1.2 Methodische Grundlagen der berichteten Ergebnisse aus den Interviews

Es wurden 23 Interviews im Zeitraum von August 2022 bis Mai 2023 durchgeführt. Mit diesen Interviews konnten 19 der insgesamt 22 Träger erfasst werden. Zum Teil sind einige Träger doppelt befragt worden, und zwar getrennt für ihre ambulanten und (teil-)stationären Angebote. Zwei Interview-Niederschriften (Transkripte) wurden im Nachhinein nicht autorisiert. Bei einem Interview traten technische Probleme bei der Aufzeichnung auf, sodass es nicht vollständig verwendet werden konnte. Letztlich basiert der Bericht auf 21 Interviews mit Expertinnen und Experten von 18 freien Trägern. Damit ist zwar nicht vollständig, aber doch nahezu eine Gesamterfassung der freien Träger gelungen.

Die Interviews mit den Expertinnen und Experten wurden nach einem einheitlichen Leitfragenkatalog (mit Anpassungen an die Art der erfragten HzE) geführt. Berichtet werden die Ergebnisse zu folgenden drei inhaltlichen Schwerpunkten mit den zugehörigen Leitfragen:

1. Aktuelle Bedingungen, Herausforderungen und Bedarfe

- Wie schätzen Sie Ihre aktuellen Bedingungen und Möglichkeiten für Ihre Angebote ein?

2. Zukunft der Hilfen zur Erziehung: Prognosen, Pläne

- Wie wird sich aus Ihrer Sicht der Bedarf an ambulanten (alternativ: (teil-)stationären) Angeboten der Hilfen zur Erziehung in den nächsten Jahren (bis ca. 2030) entwickeln? Warum wird sich der Bedarf so entwickeln? Worauf stützen Sie Ihre Prognose?
- Wenn Sie auf die nächsten Jahre schauen: Welche Pläne haben Sie als Träger insgesamt und insbesondere für die ambulanten (alternativ: (teil-)stationären) Hilfen zur Erziehung?

3. Kritik, Wünsche und Anregungen

- Was würden Sie sich von wem wünschen, damit ambulante (alternativ: (teil-)stationäre) Hilfen zur Erziehung von Ihnen so angeboten werden können, wie Sie sich das als Ideal vorstellen?

Die Interviews wurden von 12 Studierenden der FHöVPR M-V des Studiengangs Allgemeine Verwaltung (Jahrgang AVgD21) im Rahmen von Seminararbeiten sowie von einer wissenschaftlichen Hilfskraft des Amtes für Jugend und Familie des Landkreises Rostock durchgeführt, aufgezeichnet und verschriftlicht (transkribiert).

Soweit Autorisierungen der Expertinnen und Experten vorliegen, wurden diese Transkripte in mehreren Schritten auf die wesentlichen Aussagen zu den interessierenden Fragen reduziert, inhaltlich verdichtet (paraphrasiert) und zu einem Gesamtbild zusammengefasst, das hier berichtet wird. Bei diesen Schritte wurden für anonymisierte Transkriptauszüge die KI-Anwendungen PDFgear und ChatGPT 3.1 unterstützend ein-

gesetzt. Sämtliche KI-generierten Ergebnisse wurden geprüft. Die dem Bericht zugrunde gelegten reduzierten, paraphrasierten Interviewaussagen sind im Anhang dokumentiert.

Zur Anonymisierung der Expertinnen und Experten werden Abkürzungen für die Personen (P01 bis P21) benutzt.

Letztlich soll auf methodische Begrenzungen hingewiesen werden:

- Ein Großteil der Interviews wurde von Studierenden durchgeführt, die erstmals Erfahrungen mit dieser Art der Datenerhebung gesammelt haben. Möglicherweise sind dadurch Einschränkungen in der Qualität der Interviewdurchführung aufgetreten, was sich wiederum auf die Qualität und Quantität der erfassten Informationen ausgewirkt haben könnte.
- Der Vorteil qualitativer Erhebung ist zugleich mit dem Nachteil verbunden, dass die Daten in ihrer Auswertung subjektiven (bzw. algorithmusbedingten) Interpretationen unterliegen können. Trotz größter Sorgfalt ist nicht auszuschließen, dass einzelne Aussagen der Expertinnen und Experten nicht korrekt verstanden oder paraphrasiert wurden.
- Das Hauptziel dieses Berichts besteht darin, ein Gesamtbild zu zeichnen, zu verallgemeinern und mögliche Muster zu erkennen. Dieser Ansatz bedeutet, dass auf detaillierte Feinanalysen und wörtliche Zitate verzichtet wird. Obwohl damit möglicherweise wichtige Details verloren gehen könnten, schützt dieser Ansatz aber auch davor, einzelnen Stimmen mehr Gewicht beizumessen als anderen. Der Bericht skizziert also eine Gesamtsituation. Er soll nicht das vertiefende Gespräch zwischen den Akteuren ersetzen, sondern solchen Gesprächen eine gemeinsame Grundlage bieten.

2 Aktuelle Bedingungen, Herausforderungen und Bedarfe

Im ersten Themenschwerpunkt geht es um die Sicht der Expertinnen und Experten der freien Träger auf die aktuellen Bedingungen, Herausforderungen und Bedarfe bei den HzE. Dabei wird unterschieden zwischen a) Personal, b) räumlicher/technischer/materieller Ausstattung und c) Finanzen. Letztlich wird eine Gesamteinschätzung der aktuellen Lage abgebildet.

2.1 Personal

Themen, die angesprochen werden

Personalmangel und Fachkräftemangel. Mehrere Personen (P06, P09, P11, P12, P14, P15, P16, P17) betonen den aktuellen oder erwarteten zukünftigen Mangel an qualifiziertem Personal, insbesondere in Bezug auf Fachkräfte. Dies führt zu Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung und der Bewältigung komplexer Fälle. P02 erwähnt die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Personalbesetzung und -suche, was zeigt, wie externe Faktoren die personellen Bedingungen beeinflussen können. Einige Personen (P05, P19) geben jedoch an, dass sie mit ihren aktuellen personellen Bedingungen zufrieden sind und hohe Standards für Einstellungen und Einarbeitungen haben. P20 berichtet davon, dass der Träger Praktikanten integriert, um Einblicke in die Arbeit zu ermöglichen und Interesse an der Arbeit beim Träger zu fördern.

Zusammenarbeit im Team. P08 und P20 heben die Bedeutung von Teamarbeit und Zusammenhalt innerhalb des Teams hervor, was sich positiv auf die Arbeit auswirkt.

Qualifikation und Schulungen. Personen wie P11, P13 und P18 betonen die Notwendigkeit von Schulungen und Qualifikationen, insbesondere im Umgang mit psychologisch herausfordernden Situationen und komplexen Fällen. P20 berichtet, dass gelegentlich externe Berater hinzugezogen werden, was sehr hilfreich sei.

Wunsch- und Wahlrecht der Klienten. P21 weist darauf hin, dass das Wunsch- und Wahlrecht der Klienten zu Herausforderungen führt, da nicht immer alle Klienten ihre Wunschberater in ihrem Wohnort erhalten können.

Geschlechterausgewogenheit. P13 hebt die Bedeutung der Geschlechterausgewogenheit im Team hervor.

Günstige Faktoren und Herausforderungen für die Arbeit

Günstige Faktoren: Als günstige Bedingungen wird über eine gute Teamarbeit und Zusammenhalt, hohe Standards für Einstellungen und Einarbeitungen, erfahrene Teams, die Integration von Praktikanten und gelegentliche Nutzung externer Berater berichtet.

Erschwerende Faktoren und Herausforderungen: Der Personalmangel und der Fachkräftemangel stellen die größten Herausforderungen dar, die von den meisten Experten betont werden. Außerdem werden eine steigende Komplexität der Fälle, der

Umgang mit psychologisch herausfordernden Situationen, die Unsicherheit durch das Wunsch- und Wahlrecht der Klienten und die Belastungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die direkt in Familien arbeiten, als erschwerende Faktoren genannt.

Unterschiede nach Art der Hilfen

In Bezug auf die personellen Bedingungen und Herausforderungen zeigen sich Unterschiede zwischen ambulanten und (teil-)stationären Hilfen. Die Expertinnen und Experten der ambulanten Hilfen betonen häufiger den Fachkräftemangel und die Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung, was auf eine größere Herausforderung bei der Sicherstellung des Personals hinweist. Die Expertinnen und Experten der (teil-)stationären Hilfen betonen ebenfalls den Fachkräftemangel, aber auch die Schwierigkeiten im Umgang mit komplexen Fällen und spezialisierten Bedürfnissen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Fachkräftemangel unabhängig von der Art der Hilfen (ambulant oder (teil-)stationär) das vorherrschende personelle Problem in der Kinder- und Jugendhilfe ist. Die Bedürfnisse und Präferenzen der Klienten stellen zusätzliche Herausforderungen dar. Gleichzeitig werden eine gute Teamarbeit und Qualifikation, Erfahrung sowie die Integration von Praktikanten als günstige Bedingungen hervorgehoben.

2.2 Ausstattung: räumlich, technisch, materiell

Themen, die angesprochen werden

Räumliche Herausforderungen. Ein zentrales Thema ist die räumliche Ausstattung, die von mehreren Personen angesprochen wird. Hierbei werden begrenzte Räume (P16), Bedarf an neuen Büroplätzen (P18) und größeren Räumen (P04) sowie sanierungsbedürftige Gebäude (P12, P13) erwähnt.

Technische Ausstattung. Die technische Ausstattung wird ebenfalls diskutiert, wobei einige Personen auf die Notwendigkeit der Anpassung an Technik und Programme (P21) sowie auf Pläne zur Digitalisierung (P06) hinweisen. Andererseits gibt es auch Einschränkungen bei der technischen Ausstattung (P13).

Materielle Bedingungen. Materielle Bedingungen werden in Bezug auf Fahrzeuge (P18), den Zustand von Gebäuden (P13, P17) und die Bewirtschaftung von Außengeländen (P14) angesprochen.

Günstige Faktoren und Herausforderungen für die Arbeit

Günstige Faktoren. Einige Personen (P01, P03, P05, P14, P19, P20) sind mit den aktuellen räumlichen, technischen und materiellen Ausstattungsbedingungen zufrieden und bezeichnen sie als ausreichend oder gut. Günstige Bedingungen umfassen gut ausgestattete Büros, vorhandene Technik und Programme, gute räumliche Organisation und die Möglichkeit, Aktivitäten im Freien durchzuführen.

Erschwerende Faktoren und Herausforderungen. Mehrere Personen (P04, P09, P12, P16, P17, P18) sprechen Herausforderungen an, die im Zusammenhang mit der Ausstattung stehen. Sie umfassen begrenzte Räumlichkeiten, Sanierungsbedarf, technische Einschränkungen, Bedarf an neuen Büros und größeren Räumen sowie die Bewirtschaftung von Gebäuden und Außengeländen.

Unterschiede nach Art der Hilfen

In Bezug auf die Ausstattungsbedingungen und Herausforderungen zeigen sich Unterschiede: In der Gruppe der Expertinnen und Experten für ambulante Hilfen werden vor allem Herausforderungen im Zusammenhang mit begrenzten Räumen und Bedarf an neuen Büros und größeren Räumen hervorgehoben. Es gibt auch positive Berichte über vorhandene technische und materielle Ausstattung. In der Gruppe der Expertinnen und Experten für (teil-)stationäre Hilfen werden ähnliche räumliche Herausforderungen genannt, jedoch mit zusätzlichen Problemen wie sanierungsbedürftigen Gebäuden und technischen Einschränkungen für homeschooling während der Pandemie.

Insgesamt zeigt sich, dass die Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe mit verschiedenen räumlichen, technischen und materiellen Herausforderungen verbunden ist, darunter begrenzten Räumlichkeiten, Sanierungsbedarf, technischen Einschränkungen und Bedarf an neuen Büros und größeren Räumen. Wenngleich über ähnliche räumliche Herausforderungen berichtet wird, äußern die Expertinnen und Experten der (teil-)stationären Hilfen tendenziell mehr Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ausstattung. Dies könnte auf den höheren Bedarf an Räumlichkeiten und technischen Ressourcen in diesen Einrichtungen hinweisen.

2.3 Finanzen

Themen, die angesprochen werden

Finanzielle Herausforderungen. Das zentrale Thema in den Interviewaussagen ist die finanzielle Situation, die von vielen Personen als schwierig oder beschränkt wahrgenommen wird (P05, P15, P16, P17, P20, P21). Die Notwendigkeit, Eigenmittel bereitzustellen (P21) und Verhandlungen über Löhne und Leistungsentgelte (P06) werden ebenfalls betont.

Finanzielle Ressourcen und Bedarf. Einige Personen erwähnen, dass sie finanziell gut ausgestattet sind und über ausreichende Mittel für Aktivitäten wie Supervisionen verfügen (P01, P09). Andere weisen auf den Bedarf an zusätzlichen Ressourcen hin, insbesondere für Fortbildungen (P06, P13), aber auch für den Ausgleich steigender Verpflegungs- und Spritkosten (P14, P17).

Verhandlungen und Unsicherheiten. Verhandlungen mit dem Landkreis werden als herausfordernd dargestellt (P03, P05, P17). Eine Person erwähnt, dass während der Corona-Pandemie Unsicherheiten über die Aufrechterhaltung der Betreuungsdienste bestanden, die sich jedoch gelegt haben (P02).

Effiziente Ressourcennutzung. Eine Person hebt das Potenzial durch eine bessere Vernetzung der Einrichtungen und eine bewusstere Nutzung von Synergien hervor (P03). Eine andere Person spricht von der Notwendigkeit, zeitliche Kapazitäten für Fortbildungen zu schaffen und die Kosten zu decken (P13).

Günstige Faktoren und Herausforderungen für die Arbeit

Günstige Faktoren. Trotz der finanziellen Herausforderungen identifizieren einige Personen auch positive Aspekte, die ihre Arbeit unterstützen. Dazu gehören die Verfügbarkeit von Geldern für Aktivitäten wie Supervisionen (P01) und Potenziale durch eine bessere Vernetzung der Einrichtungen und bewusstere Nutzung von Synergien (P03).

Erschwerende Faktoren und Herausforderungen. Der einheitliche Tenor ist, dass begrenzte finanzielle Ressourcen das Hauptproblem darstellen. Die gemeinsamen Herausforderungen bestehen in der Notwendigkeit von zusätzlichen Mitteln, der Beschränkung von Eigenmitteln und dem Druck durch Verhandlungen.

Unterschiede nach Art der Hilfen

Die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen (ambulante und (teil-)stationäre Hilfen) sind in Bezug auf finanzielle Bedingungen und Herausforderungen nicht eindeutig. In beiden Gruppen gibt es Expertinnen und Experten, die finanzielle Schwierigkeiten betonen und solche, die ihre finanzielle Lage als gut einschätzen. Die Unterschiede scheinen eher auf individuellen Verträgen, Finanzierungsstrukturen und externen Faktoren zu beruhen als auf der Art der Hilfe, die erbracht wird.

Insgesamt zeigt sich, dass finanzielle Herausforderungen eine zentrale Rolle in der Wahrnehmung der Expertinnen und Experten der freien Träger der Jugendhilfe spielen. Die begrenzten finanziellen Ressourcen und die Notwendigkeit zusätzlicher Mittel stellen sowohl für ambulante als auch (teil-)stationäre Hilfen große Herausforderungen dar, die die Qualität und Kontinuität der angebotenen Unterstützung beeinflussen.

2.4 Gesamteinschätzung

Themen, die angesprochen werden

Die Expertinnen und Experten adressieren mehrere Schlüsselthemen in Bezug auf ihre Arbeit:

Finanzielle Herausforderungen. Eine der prominentesten Herausforderungen, die von mehreren Personen hervorgehoben wird, ist die finanzielle Situation (P04, P05, P10, P13, P14, P15, P21). Dies wird oft mit dem Fachkräftemangel kombiniert (P02, P14, P15). Dennoch gibt es auch Personen, die die finanziellen Bedingungen als ausreichend oder gut einschätzen (P01, P03, P06, P12, P19, P20).

Fachkräftemangel. Der Fachkräftemangel wird von mehreren Personen als Herausforderung genannt (P02, P05, P11, P12, P14, P15). Dieser Mangel an qualifiziertem Personal kann sich negativ auf die Qualität der angebotenen Unterstützung auswirken.

Verhandlungen und Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit und Verhandlungen mit Trägern und Landkreis werden als wichtige Aspekte für die Arbeit angesehen (P01, P03, P13, P15, P18). P18 betont die Bedeutung von Transparenz und Kommunikation.

Technische Ausstattung. Die technische Ausstattung wird in einigen Aussagen als positiv erwähnt (P01, P03, P17, P21), während P13 auf Einschränkungen in der technischen Ausstattung hinweist.

Günstige und erschwerende Faktoren für die Arbeit

Günstige Faktoren. Trotz großer Herausforderungen identifizieren einige Personen auch positive Faktoren, die ihre Arbeit unterstützen. Dazu gehören die gute technische Ausstattung (P01, P17), die Zusammenarbeit trotz unterschiedlicher Träger (P15) und die bewusstere Nutzung von Synergien (P03).

Erschwerende Faktoren und Herausforderungen. Die finanzielle Lage und der Fachkräftemangel werden als erhebliche Hindernisse für die Arbeit der Jugendhilfe betrachtet. Die finanziellen Probleme werden von mehreren Personen als kritisch angesehen, da sie die Ressourcen für die Bereitstellung von Unterstützung stark begrenzen (P01, P10, P21). Der Fachkräftemangel beeinflusst die Qualität der Unterstützung und erzeugt Unsicherheit über die Zukunft (P02, P11, P14). Die Suche nach qualifiziertem Personal wird als zusätzliche Herausforderung genannt (P02, P05), und die steigende Nachfrage nach HzE wird als zukünftiges Problem gesehen (P01). P02 äußert sich unsicher darüber, ob die neuen Qualitätsstandards erfüllt werden können.

Unterschiede Art der Hilfen

Die Einschätzungen der Expertinnen und Experten ambulanter Hilfen sind vielfältig. Einige sehen die Bedingungen als schwierig an. Der Fachkräftemangel ist ein wiederkehrendes Thema. Andere empfinden die aktuellen Bedingungen als gut oder sehen Herausforderungen, aber keine gravierenden Probleme. Im Gegensatz dazu scheinen die Expertinnen und Experten der (teil-)stationären Hilfen, auch wenn deren Einschätzungen variieren, insgesamt etwas positiver auf ihre Bedingungen zu blicken. Gleichwohl sprechen sie ebenfalls finanzielle Herausforderungen und den Fachkräftemangel an, wobei einige finanzielle und personelle Beschränkungen betonen, während andere die Bedingungen als zufriedenstellend betrachten. Der Fachkräftemangel ist auch hier ein Thema.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass die Expertinnen und Experten der freien Träger der Jugendhilfe vor vielfältigen Herausforderungen stehen, die ihre Arbeit beeinflussen. Die zentralen Themen sind die finanzielle Lage, der Fachkräftemangel und Verhandlungen mit dem Landkreis. Die Suche nach qualifiziertem Personal und die steigende Nachfrage nach Unterstützung durch HzE sind weitere Herausforderungen, die die Arbeit der Jugendhilfe erschweren. Die räumliche und materielle Ausstattung wird gemischt bewertet. Vereinzelt zeigen sich Unterschiede in den Einschätzungen nach Art der erbrachten Hilfen. Diese Unterschiede sind jedoch weniger stark ausgeprägt als die gemeinsamen personellen und finanziellen Herausforderungen.

3 Zukunft der Hilfen zur Erziehung bis 2030: Prognosen, Pläne

Entwicklung des Bedarfs an Hilfen zur Erziehung

Konstanter Bedarf. Einige Personen (P05, P07, P08, P13) erwarten keinen signifikanten Anstieg des Bedarfs an HzE und sehen die Nachfrage als konstant an.

Steigender Bedarf. Die meisten Personen (P01, P03, P04, P06, P10, P11, P12, P14, P15, P16, P18, P19, P20) prognostizieren einen steigenden Bedarf an HzE in den kommenden Jahren.

Begründungen für die Prognosen steigender Bedarfe

Gesellschaftliche Faktoren. Die Personen stützen ihre Prognosen auf Beobachtungen und Erfahrungen in der Arbeit mit Familien und Kindern. Sie weisen auf gesellschaftliche Faktoren hin, wie steigende Belastungen in Familien, Unsicherheiten, finanzielle Schwierigkeiten und psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen (P13, P14, P18, P19, P21).

Migration. Einige Personen (P02, P12) heben die Bedeutung von migrationsbedingten Herausforderungen hervor, die den Bedarf an HzE beeinflussen können.

Komplexität der Fälle. Einige Personen (P11, P16) betonen die steigende Komplexität der Fälle und die Notwendigkeit, ergänzende Leistungen zu integrieren, um den sich ändernden Bedürfnissen gerecht zu werden.

Familienstrukturen. P20 sieht eine Verschlechterung der Erziehungskompetenzen innerhalb von Familien aufgrund von Veränderungen in den Familienstrukturen.

Sozialräumliche Bedingungen. P15 betont die Rolle der sozialräumlichen Bedingungen und der Verbindung zwischen HzE und freiwilligen Angeboten wie Sportvereinen.

Pläne der Träger

Prävention und Zusammenarbeit. Viele Träger (P06, P07, P16, P18, P21) planen verstärkte Präventionsmaßnahmen, um den Bedarf an HzE zu reduzieren und den Bedarf im Kinderschutzbereich besser zu bearbeiten. Dies umfasst die Integration von Angeboten in den Sozialraum und in die Schulen sowie den Aufbau oder die Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren wie Jugendämtern, Gerichten und Bildungseinrichtungen.

Erweiterung und Anpassung. Einige Träger (P13, P14, P18) planen die Erweiterung ihrer Angebote, um den steigenden Bedarf besser abzudecken. Das beinhaltet die Schaffung neuer Einrichtungen, den Ausbau des Personals und die Anpassung von Räumlichkeiten.

Qualitätsbewahrung. Einige Träger (P03, P07) betonen die Bedeutung der Beibehaltung hoher Qualitätsstandards in der Betreuung und der Weiterentwicklung von Angeboten.

Digitalisierung und Weiterbildung. Ein Träger (P06) plant die Digitalisierung voranzutreiben und kontinuierliche Weiterbildungen anzubieten, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf neue Herausforderungen vorzubereiten.

Therapeutische Angebote. Ein Träger (P13) plant die Einrichtung von lerntherapeutischen Schulwerkstätten und die Anpassung von Räumlichkeiten, um den Bedarf an therapeutischen Angeboten zu decken.

Unterschiede nach Art der Hilfen

Es zeigt sich, dass sowohl in ambulanten als auch in (teil-)stationären Hilfen ein steigender Bedarf an HzE prognostiziert wird. Während die Expertinnen und Experten der ambulanten Hilfen auf verstärkte Prävention und Zusammenarbeit setzen, planen die Expertinnen und Experten (teil-)stationärer Hilfen eher eine Erweiterung und Anpassung ihrer Angebote. Dies könnte darauf hinweisen, dass der Bedarf in den (teil-)stationären Hilfen möglicherweise aufgrund der Komplexität der Fälle höher ist.

Insgesamt verdeutlichen die Aussagen der Expertinnen und Experten die wachsenden Herausforderungen für die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe in den kommenden Jahren. Nahezu einhellig wird davon ausgegangen, dass die Bedarfe an HzE steigen. Die Expertinnen und Experten sehen diesen erwarteten Anstieg als Folge von gesellschaftlichen Veränderungen, wie einer Zunahme von Belastungsfaktoren in Familien, psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen, finanziellen Belastungen, psychischer Unsicherheit und migrationsbedingten Herausforderungen. Nach Einschätzung der Expertinnen und Experten müssen die Träger flexibel sein, um auf den steigenden Bedarf zu reagieren, die Qualität zu bewahren und die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren zu stärken. Zudem sei die Berücksichtigung sozialräumlicher Bedingungen und gesellschaftlicher Veränderungen von großer Bedeutung für die zukünftige Ausrichtung der HzE.

4 Kritik, Wünsche und Anregungen

Adressaten der Wünsche und Erwartungen:

Gesellschaft. P14, P15, P17 äußern Kritik an der Gesellschaft, weil sie fehlende Sensibilität gegenüber Familienarbeit und fehlende Unterstützung bemängeln.

Politik. P01, P14, P15 fordern von der Politik mehr finanzielle Unterstützung für die Arbeit mit Kindern und Familien. Sie kritisieren die politischen Rahmenbedingungen, die individuelle Lösungen und Bedarfe der Familien nicht ausreichend berücksichtigen.

Jugendamt/Landkreis. P01, P02, P03, P04, P05, P06, P07, P08, P10, P11, P16, P17, P18, P19, P20 äußern direkt oder indirekt Kritik, Wünsche und Erwartungen an das Jugendamt bzw. den Landkreis.

Themen, die angesprochen werden

Zusammenarbeit mit dem Jugendamt. Die Qualität der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wird von vielen Personen positiv bewertet (P01, P03, P04, P05, P07, P08, P17, P18). Es werden jedoch auch Herausforderungen und Kritikpunkte angesprochen, wie Personalfuktuation beim Jugendamt (P08), Verzögerungen bei der Fallbearbeitung (P08, P19), fehlende Transparenz (P18), Verwaltungsaufwand (P15, P16, P20) und mangelnde Erreichbarkeit (P06, P20). Einheitliche Ansprechpersonen und Vertrauen in die Arbeit der externen Partner werden als wichtig für eine erfolgreiche Zusammenarbeit angesehen (P04, P06, P20).

Finanzielle Unterstützung. Mehr finanzielle Mittel für die HzE werden von einigen Personen gefordert (P05, P19). Schwierigkeiten bei der Finanzierung und bei den Verhandlungen mit dem Landkreis werden als problematisch betrachtet (P05). Der Wunsch nach besseren Arbeitsbedingungen im Jugendamt wird geäußert (P02).

Individualisierung und Bedarfsorientierung. P01 betont die Bedeutung individueller Lösungen und Rahmenbedingungen für Familien. Die Politik wird aufgefordert, mehr auf individuelle Bedarfe einzugehen.

Kommunikation und Transparenz. Die Verbesserung der Kommunikation und Transparenz zwischen den Trägern und dem Jugendamt wird in einigen Aussagen als notwendig erachtet (P10, P18, P19). Informationen über Familien und deren Vorgeschichte sollten besser geteilt werden (P18). Die Erreichbarkeit des Jugendamtes und die Kommunikation werden als verbesserungswürdig angesehen (P04, P06, P08, P10, P20). Der Wunsch nach einer angemessenen Wertschätzung der Arbeit wird geäußert (P14, P18).

Rollenverteilung und Kooperation. Die Klarheit der Rollenverteilung zwischen dem Jugendamt und den freien Trägern wird als wichtig erachtet (P03). Die Zusammenarbeit auf Augenhöhe und eine effiziente Vernetzung zwischen freien und öffentlichen Trägern werden gefordert (P03, P14, P15, P19, P20).

Feedback an das Jugendamt bzw. den Landkreis:

Aus den einzelnen Äußerungen der Expertinnen und Experten lässt sich folgendes Feedback an das Jugendamt bzw. den Landkreis ableiten:

Positive Aspekte:

- Gute Zusammenarbeit und Unterstützung (P03, P04, P05, P07, P08, P17, P18): Die Personen betonen in ihren Aussagen die generelle Zusammenarbeit und das gute Verhältnis zum Jugendamt. Sie schätzen die Unterstützung und die Bereitschaft des Jugendamtes, Maßnahmen und Hilfepläne zu unterstützen.
- Erreichbarkeit und Verfügbarkeit (P04, P05, P07): Einige Personen loben die Erreichbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes per E-Mail und Telefon. Dies erleichtert die Kommunikation und Zusammenarbeit.
- Sensibilität bei Kindeswohlgefährdung (P19): Die Prozeduren und das Vorgehen des Jugendamtes bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung werden als positiv bewertet. Dies zeigt das Engagement des Jugendamtes im Kinderschutz.

Kritische Aspekte:

- Hoher Verwaltungsaufwand (P15, P16): Ein häufig genannter Kritikpunkt ist der hohe Verwaltungsaufwand, der mit der Beantragung von HzE einhergeht. Dies führt zu unnötigen Umwegen und Verzögerungen.
- Personalfluktuations und Verzögerungen (P08): Die hohe Fluktuation beim Personal des Jugendamtes wird kritisch betrachtet, da sie zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Fällen führt. Kontinuität in der Zusammenarbeit wird als wichtig erachtet.
- Mangelnde Transparenz (P18): Die mangelnde Transparenz seitens des Jugendamtes, insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, wird bemängelt. Eine bessere Offenlegung von Informationen wird gefordert.
- Schwierige Erreichbarkeit und Zugang zu Hilfen (P06, P20): Die Personen berichten von Zeiten, in denen die Erreichbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes problematisch war. Ein einfacherer Zugang zu Hilfen und eine bessere Kommunikation werden gewünscht.
- Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren (P19): Die Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren werden kritisiert, da die Träger oft in Vorleistung gehen müssen und keine angemessene Wertschätzung erfahren. Schnellere Verfahren werden gefordert.
- Komplexität einzelner Verfahren (P14): Die Komplexität einiger Verfahren wird als problematisch angesehen, ebenso wie der Mangel an Solidarität zwischen den Beteiligten. Eine einfachere Zusammenarbeit und mehr Solidarität werden angestrebt.
- Mangelnde Hilfeplanung und Standards (P10): Der Mangel an Hilfeplanung, fehlende Standards und unerfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt werden kritisiert. Eine bessere Vermittlung von Standards und effektivere Kommunikation werden gefordert.

Wünsche und Empfehlungen:

- Reduktion des Verwaltungsaufwands (P15, P16): Die Personen wünschen sich eine Reduktion des Verwaltungsaufwands bei der Beantragung von HzE.
- Transparenz und Informationsaustausch verbessern (P04, P18, P19): Die Personen wünschen sich eine verbesserte Transparenz seitens des Jugendamtes, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Behörden und Gerichten. Ein besserer Informationsaustausch bezüglich Familien und deren Vorgeschichte wird angeregt.
- Kontinuität im Personal (P08): Die Reduzierung der Personalfuktuation im Jugendamt wird gefordert, um Verzögerungen in der Bearbeitung von Fällen zu minimieren.
- Einfacherer Zugang zu Hilfen (P14, P20): Ein einfacherer Zugang zu Hilfen und eine leicht verständliche Kommunikation mit dem Jugendamt werden gewünscht. Die Vereinfachung von Verfahren und eine gestärkte Solidarität zwischen den Beteiligten werden vorgeschlagen.
- Beschleunigung von Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren (P19): Schnellere Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren, die die Träger finanziell entlasten, werden empfohlen.
- Verbesserung der Hilfeplanung und Standards (P10): Die Einführung verbesserter Hilfeplanungsprozesse und klarerer Standards wird angestrebt.

Unterschiede nach Art der Hilfen

Bei Expertinnen und Experten ambulanter Hilfen stehen Themen wie Verwaltungsaufwand, individuelle Lösungen und Rahmenbedingungen im Vordergrund. Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wird als besonders wichtig und überwiegend positiv bewertet. Bei Expertinnen und Experten (teil-)stationärer Hilfen dominieren Themen wie Fachkräftemangel, Finanzierung, Qualitätsstandards, Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren sowie Standards und Hilfeplanung. Die Kritik am Landkreis und Jugendamt bezüglich der Einstellung qualifizierter Fachkräfte, finanzieller Unterstützung und der Sicherstellung von Qualitätsstandards wird verstärkt geäußert.

Die Expertinnen und Experten der freien Träger der Jugendhilfe haben klare Erwartungen und Kritikpunkte in Bezug auf die verschiedenen Akteure, darunter Politik, Gesellschaft, Landkreis im Allgemeinen sowie das Jugendamt (bzw. die Jugendämter) im Besonderen.

Zur Zusammenarbeit mit dem Jugendamt lassen sich die Anmerkungen wie folgt zusammenfassen:

Positiv wird von den Expertinnen und Experten die Erreichbarkeit und die generelle Bereitschaft des Jugendamtes zur Unterstützung hervorgehoben. Sie schätzen das Vertrauen und die gute Zusammenarbeit in vielen Fällen. Die Prozeduren des Jugendamtes bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung werden ebenfalls positiv eingeschätzt.

Kritikpunkte an das Jugendamt sind vielfältig. Dazu gehören Verwaltungsaufwand, Verzögerungen bei der Bearbeitung von Fällen aufgrund von Personalfluktuations, punktuelle Unzuverlässigkeit einiger Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeiter und mangelnde Transparenz. Die Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren werden als problematisch angesehen, da die Träger oft in Vorleistung gehen müssen und keine angemessene Wertschätzung erfahren.

Wünsche. Die Expertinnen und Experten wünschen sich eine einfachere Zusammenarbeit, mehr Solidarität und eine bessere Kommunikation seitens des Jugendamtes. Transparenz in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Behörden und Gerichten wird ebenfalls gefordert, um die Arbeit effektiver zu gestalten. Einige Expertinnen und Experten betonen die Bedeutung der Hilfeplanung und der Vermittlung von Standards sowie einer effektiveren Kommunikation und Planung im Sinne der Kinder und Jugendlichen. Unterschiede zwischen ambulanten und (teil-)stationären Hilfen sind in den Schwerpunktthemen und Kritikpunkten erkennbar. Insgesamt aber zeigt sich, dass die meisten Anliegen und Kritikpunkte universell für die freien Träger der Jugendhilfe gelten.

5 Fazit und Ausblick

5.1 Zusammenfassung

Die Expertinnen und Experten der freien Träger haben einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation, zukünftige Entwicklungen und ihre Erwartungen an die Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe gegeben. Ihre Einschätzungen lassen erkennen, dass sie vor zahlreichen Herausforderungen stehen, die ihre Arbeit erheblich beeinflussen. Zu den zentralen Themen gehören finanzielle Engpässe, der Fachkräfte- bzw. Personalmangel und Verhandlungen mit dem Landkreis.

Die Expertinnen und Experten sind sich nahezu einig, dass die Zukunft der HzE mit steigenden Bedarfen konfrontiert sein wird, die auf gesellschaftliche Veränderungen wie zunehmende und komplexere Belastungsfaktoren in Familien, zunehmende psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen, finanzielle Belastungen, psychische Verunsicherungen und migrationsbedingte Herausforderungen zurückzuführen sind. Sie betonen, dass die Träger flexibel sein müssen, um unter Beachtung der sozialräumlichen Bedingungen auf diesen Anstieg reagieren und dabei die Qualität aufrechterhalten zu können.

Die Expertinnen und Experten haben klare Erwartungen und Wünsche an verschiedene Akteure, darunter Politik, Gesellschaft und das Jugendamt. Diese umfassen eine einfachere Zusammenarbeit, mehr Solidarität, bessere Kommunikation, größere Transparenz sowie eine effektivere Hilfeplanung im Sinne der Kinder und Jugendlichen. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt gibt es sowohl positive Aspekte als auch Kritikpunkte. Die Erreichbarkeit und die generelle Bereitschaft des Jugendamtes zur Unterstützung werden positiv bewertet, ebenso wie in vielen Fällen vorhandenes Vertrauen und gute Zusammenarbeit. Kritikpunkte konzentrieren sich auf Verwaltungsaufwand, Verzögerungen aufgrund von Personalfluktuations und mangelnde Transparenz in den Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren.

5.2 Handlungsempfehlungen

Den Äußerungen der Expertinnen und Experten lassen sich folgende Handlungsempfehlungen entnehmen:

Bewältigung des Fachkräftemangels. Angesichts des drängenden Fachkräftemangels sollte verstärkt in die Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte investiert werden. Dies kann durch attraktivere Arbeitsbedingungen, gezielte Fortbildungsmaßnahmen und eine verbesserte Teamzusammenarbeit erreicht werden.

Verbesserung der Ausstattung. Es ist entscheidend, die räumliche, technische und materielle Ausstattung der Einrichtungen zu optimieren. Dies erfordert Investitionen in die Modernisierung von Gebäuden, Technologie und Fahrzeugen.

Finanzielle Stabilität sicherstellen. Die Träger der Jugendhilfe sollten sich weiterhin und vermehrt aktiv in den Verhandlungen mit dem Landkreis und durch effiziente Ressourcennutzung für eine angemessene finanzielle Unterstützung ihrer Arbeit einsetzen. Es gilt, die politische Sensibilisierung und Unterstützung zu fördern, um die

Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe in der Gesellschaft zu unterstreichen und die notwendigen Ressourcen sicherzustellen.

Transparenz und Kommunikation fördern. Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt sollte transparenter gestaltet werden. Eine offene Kommunikation in den Verhandlungs- und Kooperationsprozessen ist von großer Bedeutung, um Vertrauen aufzubauen und Missverständnisse zu vermeiden. Der Erfahrungsaustausch zwischen allen Akteuren der Jugendhilfe sollte fortgeführt und intensiviert werden, um bewährte Praktiken zu teilen und voneinander zu lernen. Darüber hinaus sollte die Vernetzung und die Kommunikation in die Lebensräume der jungen Menschen und ihrer Familien hinein verbessert werden, um leichtere Zugänge zu HzE zu schaffen und um mehr der notwendigen Unterstützung zu erhalten.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Angesichts der vermutlich steigenden Bedarfe und gesellschaftlichen Veränderungen sollten die Träger der Jugendhilfe flexibel auf Veränderungen und Unsicherheiten reagieren, um auch zukünftig ausreichende Leistungen erbringen und zugleich Qualitätsstandards erhalten zu können. Dies erfordert sowohl von den Trägern als auch vom Jugendamt die Fähigkeit, angemessene Lösungen zu finden und die Arbeit an die aktuellen Anforderungen anzupassen.

5.3 Nächste Schritte

Der vorliegende Bericht ist als Überblick eine erste Annäherung an die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe im Landkreis Rostock aus der Perspektive der freien Träger. Er bildet aus unserer Sicht eine geeignete Ausgangsbasis für gemeinsame Gespräche zwischen den Trägern, den Jugendämtern und weiteren Partnern, die für die Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe bedeutsam sind. Solche Gespräche oder auch Workshops wären geeignet, einzelne Aspekte zu vertiefen, regionale Spezifika herauszuarbeiten und konkrete Handlungspläne zu entwickeln.

Diese Prozesse könnten durch weitere Analysen und Maßnahmen unterstützt werden, z. B.:

- eine detaillierte Kostenanalyse, um die finanziellen Herausforderungen genauer zu verstehen und mögliche Finanzierungs- und Sparpotenziale zu identifizieren;
- eine vergleichende Analyse zwischen den verschiedenen Regionen, die in Teil 1 der Sozialraum- und Lebensweltanalyse (*Sozialraumstatistik*) als Sozialraumtypen herausgearbeitet wurden, um spezifische sozialraumtypische regionale Unterschiede und Bedarfe zu identifizieren;
- eine Bestandsaufnahme von Best-Practice-Beispielen, um zu sehen, wie andere Regionen und Einrichtungen erfolgreich mit ähnlichen wie den hier berichteten Herausforderungen umgehen;
- eine kritische Analyse der notwendigen Verwaltungsstrukturen und -prozesse, um Optimierungspotentiale im Sinne von Vereinfachung, Beschleunigung, Transparenz und Flexibilität zu erkennen;

- die Etablierung eines Qualitätssicherungsmanagements, das durch konkrete Zieldefinition und Erfolgskriterien sowie kontinuierliche Evaluation dafür sorgt, dass die Wirkung von initiierten Maßnahmen geprüft und die angestrebten Verbesserungen erreicht werden;
- eine Kommunikationsoffensive, die die Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe fokussiert, die Erfolge der Arbeit nach innen wie nach außen aufzeigt, neue Netzwerkpartner anspricht und für die Zielgruppen die Nutzungsschwellen von HzE reduziert, indem die Hilfeangebote (in leichter Sprache) popularisiert werden.

Anhang: Datengrundlage

Im Anhang sind alle reduzierten, paraphrasierten Interviewinhalte aufgeführt, auf die sich der Bericht stützt. Die Inhalte sind thematisch und nach der anonymisierten Personenkennzeichnung geordnet.

A. Aktuelle Bedingungen, Herausforderungen und Bedarfe

a. Personal

P01 sagt, dass sie personell und hinsichtlich der Qualifikationen bereits gut aufgestellt sind. Sie könnten jedoch noch mehr Vollzeitkräfte zur ambulanten Jugendhilfe einstellen.

P02 wünscht sich, dass die Mitarbeiterin aus der Elternzeit zurückkommt, um das Team zu unterstützen. Infolge der Corona-Pandemie hat das Unternehmen jedoch nicht intensiv nach neuen Mitarbeitern gesucht.

Unter personellen Bedingungen sieht **P03** im Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen des Landkreises sowie Fort- und Weiterbildungspotentialen noch Verbesserungspotential.

P04 spricht darüber, dass personell gesehen die Einrichtung derzeit nur eine Honorarkraft als zusätzliche Arbeitskraft hinzufügen kann.

P05 ist mit den personellen Bedingungen zufrieden.

P06 betont, dass es schwierig sein könnte, den Fachkräftemangel in Zukunft zu bewältigen.

P08 betont, dass es wichtig ist, sich aufeinander verlassen zu können und im Team zu arbeiten und dass sich der Zusammenhalt im Team positiv auswirkt.

P09 beklagt, dass sich kein geeignetes Fachpersonal für die sehr speziellen Bedarfe ihres Klientels finden lässt.

P11 erklärt, dass die Fachkräftesituation schwierig ist und dass es vielfältige Unterstützungsbedarfe gibt. Die Fälle werden immer komplexer und umfangreicher, und die Altersgruppen werden jünger. Es ist schwierig, Integrationshelfer zu finden und gleichzeitig die Anforderungen zu erfüllen.

P12 bewertet die personelle Ausstattung als zurzeit sehr gut. Jedoch wird es aufgrund des Fachkräftemangels immer schwieriger, offene Stellen fachlich adäquat zu besetzen, was ein generelles Problem für alle Träger darstellt. Ebenso kritisiert P12 die Kitafokussierung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und deren schlechte Vorbereitung auf die Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe.

P13 spricht über personelle Bedingungen und betont das Ziel, den Personalschlüssel zu erhöhen. P13 sagt, dass es eine Mischung aus Erziehern, Heilpädagogen und Sozialpädagogen gibt und dass diese Mischung wichtig ist. P13 erwähnt auch das Thema Geschlechterausgewogenheit.

P14 beurteilt die personelle Ausstattung für alle Wohngruppen als grundsätzlich ausreichend, jedoch gibt es das Problem des Fachkräftemangels.

P15 beschreibt aktuelle personelle Bedingungen, die das Arbeitsfeld der Familienhilfen einschränken oder belasten. Sowohl beim freien als auch beim öffentlichen Träger gibt es einen hohen Krankenstand. Die Belastungen für die Mitarbeiter, die direkt in die Familie gehen, sind hoch und die Bearbeitung der Antragsflut gestaltet sich schwierig. Zusätzlich herrscht ein Fachkräftemangel, das Personal ist knapp und schwer zu finden.

P16 schätzt die aktuellen Bedingungen als eher schwierig ein. In Bezug auf personelle Bedingungen gibt es nicht genug Personal für die Beratung und Erziehungsberatung.

P17 spricht bezüglich der aktuellen Bedingungen über Personalmangel und den Zwang zum Nachschulen und Fortbilden aufgrund einer geringen Anzahl von Bewerbungen bei Stellenausschreibungen.

In Bezug auf das Personal betont **P18**, wie wichtig es ist, neue, spezialisierte Kolleginnen und Kollegen zu finden, die gut in ihr Team passen. P18 weist auch darauf hin, dass mehr Schulungen für den Umgang mit psychologischen Situationen erforderlich sind.

P19 schätzt die aktuellen Bedingungen als gut ein. In personeller Hinsicht gibt es hohe Standards für Einstellungen und Einarbeitungen. Die personelle Ausstattung entspricht diesen Standards.

P20 äußert, dass das Team über jahrelange Erfahrung verfügt, gut ausgebildet ist und gut zusammenarbeitet. Es werden auch Praktikanten eingestellt, um ihnen die Möglichkeit zu geben, Einblicke in die Arbeit zu gewinnen. Es gibt gelegentlich auch Situationen, in denen externe Berater hinzugezogen werden.

P21 äußert, dass es Wünsche hinsichtlich des Personals gibt, um die Klienten zu bedienen. Einige Klienten haben das Wunsch- und Wahlrecht für Berater, die nicht in ihrem Wohnort ansässig sind. Es gibt keinen klaren Zuständigkeitsbereich aufgrund des Wunsch- und Wahlrechts der Klienten. Trotz Wunsch- und Wahlrecht können nicht alle Klienten in den gewünschten Wohnorten den Service erhalten.

b. Ausstattung: räumlich, technisch, materiell

P01 sagt, dass sie sich räumlich ganz gut arrangiert haben, aber es wäre von Vorteil, wenn sie noch ein größeres Büro zur Verfügung hätten. Was die technische Ausstattung betrifft, so ist alles gut, solange das Internet funktioniert.

P02 erwähnt, dass die Räumlichkeiten ausreichend sind, um den aktuellen Bedarf an hilfebedürftigen Personen zu decken. Es wird auch erwähnt, dass ein Vereinsgarten im Freien für Aktivitäten genutzt werden kann.

Bei der räumlichen, technischen und materiellen Ausstattung ist **P03** sehr zufrieden.

Nach Ansicht von **P04** sind größere Räume nötig, insbesondere für Familiengruppen. Trotzdem hat sich die Einrichtung gut eingerichtet.

P05 äußert, dass die räumlichen Bedingungen in Ordnung sind.

P06 sagt, dass es große Pläne für die Digitalisierung gibt, da das Team nicht auf dem neuesten Stand ist.

P09 schätzt ein, dass die räumlichen Bedingungen begrenzt sind.

Die räumliche, materielle und technische Ausstattung wird von **P12** als sehr gut bezeichnet. Ein Problem stellt jedoch ein sanierungsbedürftiges Gebäude dar.

P13 hält andere Räumlichkeiten für nötig, um Angebote zu optimieren. Man verfügt nicht unfänglich über Einzelzimmer. P13 erwähnt auch die Einschränkungen der technischen Ausstattung, insbesondere im Hinblick auf den Bedarf bei homeschooling während der Corona-Pandemie.

Materiell und technisch sind nach Aussage von **P14** die Bedingungen in Ordnung. Herausforderungen gibt es bei der Bewirtschaftung des Außengeländes und wegen potenzieller Schäden durch Jugendliche in den Einrichtungen.

Im Bereich der materiellen Ausstattung äußert **P16**, dass es ein Problem mit begrenzten Räumen gibt.

Probleme in räumlicher und technischer Hinsicht sind nach **P17** das Fehlen von eigenen Immobilien und unzureichende Wartung von Gebäuden, wie beispielsweise defekte Fenster.

Im Hinblick auf die Einrichtungen erwähnt **P18** den Bedarf an einem neuen Büroplatz, der für Familienberatung genutzt werden könnte, und an mehr Fahrzeugen, um Familien in ländlichen Gebieten zu erreichen.

Die räumliche, technische und materielle Ausstattung ist nach Ansicht von **P19** gut. Jedes ambulante Team hat ein Büro mit PC-Arbeitsplätzen. Alle haben ein Diensthandy, jeder hat ein mobiles Endgerät.

Die Räumlichkeiten sind nach Aussage von **P20** angemessen, gut organisiert und bieten Platz für verschiedene Aktivitäten und Bedürfnisse der Kinder.

P21 erwähnt, dass sich der Träger mit der Technik und den Programmen, mit denen sie arbeiten, anpassen kann. Es steht ein Auto zur Verfügung, das für den Job benutzt werden kann.

c. Finanzen

P01 sagt, dass sie finanziell alles haben, was sie brauchen und dass sie Gelder für Aktivitäten wie Supervisionen zur Verfügung haben.

P02 äußert, dass es während der Corona-Pandemie ungewiss war, ob das Unternehmen seine Betreuungsdienste aufrechterhalten könnte. Diese Unsicherheit hat sich jedoch gelegt, und das Unternehmen hat es geschafft, finanziell durchzukommen.

P03 äußert, dass die finanziellen Bedingungen durch die Rahmenbedingungen des Landkreises und die Neuverhandlungen schwierig sind. P03 sieht dennoch Potentiale durch eine bessere Vernetzung der Einrichtungen und eine bewusstere Nutzung von Synergien.

P05 schätzt die finanziellen Bedingungen als schwierig ein, da die Vergütung nur prospektiv berechnet wird und die hohen Energiekosten nicht abdeckt. Die Verhandlungen mit dem Landkreis sind laut P05 ebenfalls schwierig.

P06 erwähnt im Zusammenhang mit finanziellen Herausforderungen und Bedarfen Verhandlungen über die Löhne und Leistungsentgelte.

Laut **P09** ist die Einrichtung finanziell auf einem guten Stand.

In Bezug auf finanzielle Bedingungen spricht **P13** über den Bedarf an Fortbildung und die Notwendigkeit, eine zeitliche Kapazität für diese Fortbildungen zu schaffen. P13 erwähnt auch die Kosten der Fortbildungen und die Notwendigkeit, die Ressourcen bereitzustellen, um die Person zu ersetzen, die während dieser Zeit ausfällt.

Laut **P14** gibt es Herausforderungen bei der Bewirtschaftung des Außengeländes und wegen potenzieller Schäden durch Jugendliche in den Einrichtungen. Die erhöhten Verpflegungskosten und Spritkosten sind für P14 ein Thema.

P15 sagt, dass die finanzielle Situation schwierig ist und sowohl öffentlicher als auch freie Träger von einem Spardiktat betroffen sind.

P16 bezeichnet die finanziellen Bedingungen als beschränkt.

Laut **P17** bestehen die finanziellen Bedingungen aus einem zu knappen Verpflegungsbudget und stockenden Verhandlungen bei den Trägern.

P20 erklärt, dass finanzielle Herausforderungen oft eine große Herausforderung für viele Organisationen darstellen.

P21 erwähnt, dass mehr Geld benötigt wird, um die Leistungen aufrechtzuerhalten. Die Arbeit ist oft ein Minusgeschäft, und sie müssen 20 % Eigenmittel bereitstellen, um ihre Arbeit erfüllen zu können.

d. Gesamteinschätzung

P01 schätzt die aktuellen Bedingungen insgesamt als gut ein. P01 sagt, dass sie personell, qualifikationsmäßig und finanziell gut aufgestellt sind. Auch die technische Ausstattung ist gut, solange das Internet funktioniert. Herausforderungen bestehen jedoch darin, dass der Bedarf an Hilfen zur Erziehung weiter steigt und dass sie in Zukunft mit immer mehr Familien und jungen Menschen rechnen müssen, die Hilfe benötigen. Es wäre von Vorteil, in Verhandlungen mit dem Landkreis zu gehen, um eine einheitliche Vergütung zu erzielen und dadurch das Angebot aufrechtzuerhalten.

Insgesamt schätzt **P02** die aktuellen Bedingungen als eher schwierig ein. Trotz ausreichender Räumlichkeiten und stabiler finanzieller Bedingungen ist die Suche nach qualifiziertem Personal eine Herausforderung. Außerdem müssen sich die Träger an die sich ändernden Bedürfnisse der Hilfesuchenden anpassen. P02 ist unsicher, ob die neuen Qualitätsstandards eingehalten werden können.

P03 schätzt die aktuellen Bedingungen eher als gut ein und sieht keine gravierenden Probleme, sondern eher Herausforderungen. Verbesserungspotential liegt vor allem in der weiteren Vernetzung und der bewussteren Nutzung von Synergien.

Insgesamt äußert **P04**, dass die aktuellen Bedingungen eher schwierig sind, aber die Einrichtung hat sich gut damit arrangiert.

Insgesamt schätzt **P05** die aktuellen Bedingungen als eher gut ein. Allerdings gibt es finanzielle Probleme und es ist schwierig, gutes Personal zu bekommen.

P06 empfindet die aktuellen Bedingungen als gut, aber es gibt Herausforderungen, wie den Fachkräftemangel, die die Zukunft ungewiss machen.

Insgesamt denkt **P07**, dass die aktuellen Bedingungen eher herausfordernd sind, aber es gibt einige positive Aspekte wie die Verfügbarkeit von Budgetmitteln.

Insgesamt schätzt **P08** die aktuellen Bedingungen als eher schwierig ein. Der Zusammenhalt im Team wirkt sich allerdings positiv aus.

Obwohl es Herausforderungen gibt, wie die Suche nach qualifiziertem Personal, schätzt **P09** die aktuellen Bedingungen eher positiv ein.

Insgesamt schätzt **P10** die aktuellen Bedingungen eher schwierig ein. Die Probleme und Herausforderungen sind vor allem finanzieller Natur.

Insgesamt schätzt **P11** die aktuellen Bedingungen als eher schwierig ein, da es Probleme bei der Fachkräftesituation gibt, die sich auf die Qualität der Unterstützung auswirken können.

Insgesamt schätzt **P12** die aktuellen Bedingungen als gut ein, jedoch gibt es Herausforderungen durch den Fachkräftemangel und die schlechte Vorbereitung von Erzieherinnen und Erziehern.

Insgesamt schätzt **P13** die aktuellen Bedingungen als eher schwierig ein, obwohl es einige positive Aspekte gibt, wie zum Beispiel die gute Vernetzung mit dem Landkreis und den Trägern. Die Probleme und Herausforderungen sind das Problem mit fehlenden Einzelzimmern, die Einschränkungen in der technischen Ausstattung und die finanziellen und personellen Einschränkungen, insbesondere im Hinblick auf die Fortbildung.

P14 ist der Meinung, dass die aktuellen Bedingungen eher schwierig sind, insbesondere was den Fachkräftemangel und die finanziellen Rahmenbedingungen betrifft. Das Gute an den aktuellen Bedingungen ist nach Einschätzung von P14, dass die technische und materielle Ausstattung in Ordnung ist und dass man bestimmte Dinge anmelden und refinanzieren kann.

P15 schätzt die aktuellen Bedingungen als schwierig ein. Die Corona-Situation, die finanzielle Situation und der Fachkräftemangel belasten das Arbeitsfeld der Familienhilfen. Es gibt jedoch auch positive Aspekte, wie die Zusammenarbeit trotz unterschiedlicher Träger und der Wille, etwas für die Familien gemeinsam zu erreichen.

Insgesamt gibt es aus Sicht von **P16** viele Herausforderungen, aber das Angebot der Beratungsstelle wird geschätzt und von vielen genutzt.

Insgesamt stellt **P17** fest, dass die gegenwärtigen Bedingungen mit Schwierigkeiten verbunden sind, hebt aber auch die Stärken wie gute technische und materielle Ausstattung hervor. P17 schätzt die Bedingungen insgesamt als eher schwierig ein.

Nach Ansicht von **P18** sind die derzeitigen Bedingungen für die Arbeit im Allgemeinen gut, aber in bestimmten Bereichen, insbesondere mehr Räume und mehr Transparenz und Kommunikation mit den Behörden, könnten Verbesserungen vorgenommen werden

Zusammenfassend sind die Bedingungen laut **P19** insgesamt gut.

Insgesamt schätzt **P20** die aktuellen Bedingungen als gut ein. Die personellen, räumlichen und materiellen Bedingungen sind zufriedenstellend, und es gibt eine gute Zusammenarbeit im Team. P20 anerkennt jedoch auch, dass finanzielle Schwierigkeiten eine Herausforderung darstellen können.

Zusammenfassend betrachtet schätzt **P21** die aktuellen Bedingungen als schwierig ein. Finanzielle Bedingungen bereiten P21 besondere Sorge, da P21 der Meinung ist, dass mehr Geld benötigt wird, um die Arbeit aufrechtzuerhalten. Die technische Ausstattung ist gut, auch die Kompetenzen im Umgang mit der Technik/den Programmen.

B. Zukunft der Hilfen zur Erziehung bis 2030: Prognosen, Pläne

a. Prognose der Hilfebedarfe

P01 prognostiziert, dass der Bedarf an Hilfen zur Erziehung weiter steigen wird.

P02 findet es schwer zu prognostizieren, wie sich die Hilfebedürfnisse in Zukunft entwickeln werden. Der Hauptgrund dafür ist die aktuelle Unsicherheit aufgrund der bestehenden Kriegssituation und der Einwanderung von Flüchtlingen. Es besteht auch Unsicherheit hinsichtlich der finanziellen Stabilität des Unternehmens, da es schwer vorherzusagen ist, wie sich die Umsätze entwickeln werden.

P03 sieht eine Zunahme der Hilfebedarfe im Bereich der Hilfen zur Erziehung, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, aber auch bei Erwachsenen.

P04 schätzt den Hilfebedarf für ambulante Hilfen zur Erziehung als steigend ein, insbesondere für Familienberatung.

P05 sieht keine Veränderung im Hilfebedarf.

P06 gibt an, dass der Bedarf an ambulanten Hilfen zur Erziehung in Zukunft wahrscheinlich gleich bleiben oder sogar höher werden wird, insbesondere bei Jugendlichen im Alter von 12 und 13 Jahren.

P07 spricht davon, dass die Bedarfe für Hilfen zur Erziehung auch in Zukunft anhalten werden, da sich die Bedingungen der Familien und Kinder nicht grundlegend verändern werden.

P08 vermutet, dass der Bedarf an ambulanten Angeboten in den nächsten Jahren hoch bleiben wird.

P10 sagt voraus, dass der Bedarf an stationären Angeboten der Hilfen zur Erziehung in den nächsten Jahren eher zunimmt. Die Aufrechterhaltung der Qualität und Standards in der Betreuung ist dabei eine Priorität.

P11 erwartet, dass die Hilfebedarfe in Zukunft weiter steigen werden. P11 betont, dass zukünftig ergänzende Leistungen integriert werden müssen, um die Bedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen.

P12 prognostiziert, dass die Hilfebedarfe zukünftig steigen werden.

P13 prognostiziert, dass der Bedarf an stationären Angeboten der Hilfen zur Erziehung in den nächsten Jahren, bis ca. 2030, gleichbleibend sein wird.

P14 prognostiziert einen weiteren Anstieg der Hilfebedarfe in den nächsten Jahren und sieht darin eine Herausforderung.

P15 geht davon aus, dass kurzfristig ein definitiv steigender Bedarf da sein wird und dass der Bedarf an ambulanten Hilfen steigen wird.

P16 prognostiziert einen steigenden Bedarf an Hilfen zur Erziehung.

P18 glaubt, dass der Bedarf an Hilfen zur Erziehung in den nächsten Jahren zunehmen wird, zum Teil aufgrund von Corona.

P19 prognostiziert, dass der Bedarf an ambulanten Angeboten steigen wird und Beratungsstellen an Bedeutung gewinnen werden

P20 erwartet, dass der Bedarf an Unterstützung und Hilfe für Familien in Zukunft weiter steigen wird, insbesondere für Familien mit mehreren Problemen und hoch belasteten Familien.

P21 glaubt, dass es immer einen Bedarf an Hilfen zur Erziehung geben wird, weil in vielen Fällen die Gründe innerhalb der Familie liegen und somit praktisch vererbt werden.

b. Begründungen für die Prognose

P01 begründet die Prognose mit der Tatsache, dass es immer mehr Familien und auch junge Menschen gibt, die Hilfe benötigen werden. Generationswechsel in den Familien führen dazu, dass auch Jugendliche, die vor 10 Jahren betreut wurden, jetzt mit deren eigenen Familien Hilfe benötigen.

P02 sieht als Hauptgrund für die Unsicherheit die Einwanderung von Flüchtlingen und die damit verbundene Belastung für Schulen und Hortbetreuung. P02 nennt die Unsicherheit bei der Prognose der Stabilität des Finanzhaushaltes und die Umsetzung der Qualitätsstandards als weitere Faktoren.

Diese Zunahme an Bedarfen wird aus Sicht von **P03** durch die zunehmende Belastung der betroffenen Personen und ihrer Umgebung verursacht.

P04 gibt an, dass seit der Corona-Pandemie mehr Anfragen von Eltern mit jüngeren Kindern eingegangen sind, insbesondere während der Vorschulzeit mit Unsicherheiten und Entwicklungsbedarf. P04 erklärt, dass es eine Interventionsgruppe gibt, die aus Hausärzten, Kinderärzten, Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten aus verschiedenen Städten besteht und die sich mit aktuellen Entwicklungen und Prognosen befasst.

P06 führt dies auf gesellschaftliche Faktoren, wie die wachsende finanzielle Belastung und psychische Erkrankungen, zurück. P06 berichtet von einem Mangel an Bildungspersonal und einem erhöhten Krankenstand.

P07 begründet die Prognose damit, dass die Ursachen für die Hilfebedarfe oft struktureller Natur sind, wie beispielsweise Armut und mangelnde Bildungsmöglichkeiten.

Als Begründungen nennt **P08**, dass die Bedarfsanfragen an ihre Organisation einen sehr spezifischen Charakter haben und dass es viele Gründe für den Bedarf an Hilfen zur Erziehung gibt.

P11 begründet die Prognose damit, dass die Fälle immer komplexer werden und die Altersgruppen immer jünger.

P12 verweist auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und auf eine mögliche erneute Zunahme der Flüchtlingszahlen.

P13 begründet die Prognose mit Erfahrungen und Auswertung von vorhandenen Daten.

P14 begründet die Prognose unter anderem mit gesellschaftlichen Entwicklungen sowie einer Veränderung des Hilfesystems hin zu einer ganzheitlichen Betrachtung der Bedarfe.

P15 hält es für schwierig, langfristig eine Prognose abzugeben, da viele Faktoren wie die Arbeitsmarktsituation und die Bildung eine Rolle spielen. Die Bedarfe sind auch stark von den Rahmenbedingungen im Sozialraum abhängig. So sind die Hilfen zur Erziehung z. B. eng mit den freiwilligen Angeboten, wie beispielsweise Sportvereinen, verbunden.

Die Prognose basiert von **P16** auf der Zunahme von Belastungsfaktoren in Familien und der Zunahme von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen.

Die Prognose von **P18** wird durch Erfahrungen und Beobachtungen gestützt, insbesondere durch die Auswirkungen von Corona auf die psychische Gesundheit von Kindern und Familien.

P19 begründet die Prognose damit, dass Separation und Unsicherheit zunehmen und dies zu Aggressionen, Unsicherheiten und psychischen Belastungen bis hin zu psychischen Diagnosen führen kann. Diese Prognose stützt P19 hauptsächlich auf die Beobachtungen der gesellschaftlichen Entwicklung und statistische Zuwächse in den Fallanfragen.

P20 führt die Veränderung der Familienstrukturen an, welche die Vermittlung von Erziehungskompetenzen durch Familienmitglieder erschwert. P20 sieht auch die Notwendigkeit, Aufgaben des Staates zur Erziehung und Unterstützung von Familien zu erhöhen.

Die Prognose basiert auf **P21s** Erfahrung.

c. Pläne der Träger

Nach Auskunft von **P01** plant der Träger derzeit keine Veränderungen in Bezug auf die ambulanten Hilfen zur Erziehung. Der Fokus bleibt auf den § 27-Hilfen. P01 weist jedoch darauf hin, dass der Träger sich gerade in anderen Bereichen neu strukturiert.

P02 erwähnt, dass das Unternehmen einige Jugendliche unterstützt, die sich keine Hilfe leisten können. Der Träger wird ihnen beim Einkauf von Lebensmitteln und anderen Dingen helfen.

Es gibt nach Aussage von **P03** keine konkreten Pläne zur Veränderung der Trägerorganisation, und es wird eine gleichbleibende Qualität bei der Ausweitung der Hilfen angestrebt. Dabei sollen Synergien innerhalb des bestehenden Netzwerkes genutzt und die inhaltliche Qualität beibehalten werden.

In Bezug auf die Zukunft plant der Träger nach Aussagen von **P04**, sich auf die prognostizierten Hilfebedarfe einzustellen und die Einrichtung entsprechend anzupassen. Konkrete Pläne werden jedoch nicht erwähnt.

P05 hat keine Änderungspläne.

In Bezug auf die Zukunft gibt **P06** an, dass der Träger plant, die Digitalisierung voranzutreiben und kontinuierliche Weiterbildung anzubieten, um Mitarbeiter zu unterstützen, neue Herausforderungen zu bewältigen.

Der Träger hat laut **P07** Pläne, um den Bedarfen in der Zukunft gerecht zu werden, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und die Schaffung von Präventionsangeboten.

P08 sagt auch, dass ihre Organisation den Kinder- und Jugendhilfebereich gerne ausbauen würde. Der Plan ist, ein paralleles Team zu schaffen, um den Bedarf besser abdecken zu können.

Der Träger plant nach Angaben von **P12** momentan keine größeren Erweiterungen, da es schwierig ist, passende Immobilien zu finden. Jedoch werden punktuell Angebote geprüft und bei Bedarf ausgebaut. Eine Erweiterung der ambulanten Hilfen zur Erziehung ist geplant, wenn Bedarf besteht. Insgesamt ist der Träger nach Einschätzung von P12 jedoch breit aufgestellt und will die Angebote so halten, wie sie sind.

Als Plan des Trägers geht **P13** auf die Änderung der Trägerorganisation ein. Der Träger würde Angebote gerne ausbauen, weil sie Bedarf sehen und auch Ideen haben, was umsetzbar ist. Ein Beispiel hierfür ist das Thema "Mutter-Kind". Auch im therapeutischen Bereich besteht großer Bedarf. Von einer Reduzierung der Angebote würde P13 nicht sprechen. Nach Einschätzung von P13 wäre es sinnvoll, die Größe der Wohngruppen zu reduzieren, ohne Angebote zu reduzieren. Tendenziell werden nach Ansicht von P13 Räumlichkeiten so verändert werden, dass alle Kinder und Jugendlichen ein Einzelzimmer bewohnen können.

Als Träger plant man nach Aussage von **P14**, das Selbsterfahrungsspektrum zu erweitern und noch ganzheitlicher zu arbeiten. P14 möchte insbesondere Ergebnisse der Hilfen in den Sozialraum rückspeisen und Möglichkeiten schaffen, um den sozialräumlichen Erfahrungshorizont der Kinder zu erweitern.

Die Pläne des Trägers sind nach Aussage von **P15** darauf ausgerichtet, frühzeitig auf die Bedarfserhöhung zu reagieren und die Rahmenbedingungen stetig zu verbessern.

Der Träger plant nach Angaben von **P16**, mehr Präventionsmaßnahmen anzubieten, um den Bedarf an Hilfen zur Erziehung zu reduzieren und somit die Kinder und Familien besser unterstützen zu können. Außerdem sollen die Angebote stärker in den Sozialraum und in die Schulen integriert werden.

P17 spricht über den Wunsch des Trägers, den Standard der aktuellen Hilfeleistungen beizubehalten und durch die Energiekrise finanziell verlustfrei rauszukommen. Im Bereich der Erziehungshilfen ist nach Auskunft von P17 der Träger daran interessiert, sich am Interessenbekundungsverfahren zu beteiligen. P17 erwähnt den Bedarf an einer Tagesgruppe in Tessin und den Plan, die Elternarbeit zu intensivieren. Eine Schuleingliederungswohngruppe soll in eine lerntherapeutische Schulwerkstatt umgewandelt werden. Derzeit plant der Träger keine weiteren konzeptionellen oder inhaltlichen Veränderungen.

Der Träger plant nach Aussage von **P18**, eine neue Inobhutnahmestelle zu eröffnen und den Bereich der Inobhutnahmen und Heimunterbringungen stetig zu vergrößern. P18 hofft auch, das Fach- und Ambulanzpersonal aufzustocken und das Angebot an Veranstaltungen für Eltern zu erweitern. Weiterbildungen werden stetig wahrgenommen. Der Träger versucht nach Aussage von P18 auch, neue Büros und mehr Fahrzeuge für eine bessere Erreichbarkeit der Familien in ländlichen Gebieten zu schaffen.

Der Träger hat in den letzten Jahren viel verändert und umstrukturiert, so dass laut **P19** derzeit keine großen Veränderungen geplant sind.

P20 berichtet, dass der Träger plant, bei sich bietender Gelegenheit die räumliche Ausstattung und die Verfügbarkeit von therapeutischem Material an die Bedürfnisse der Gruppe anzupassen. P20 selbst sieht die Bedeutung von Supervisionen und Fallberatungen besonders bei der Arbeit mit Familien, die in schwierigen Lebenslagen stecken.

Der Träger möchte seine Hilfe verstärkt in der Bevölkerung bekannt machen und sich auf Nischenleistungen spezialisieren, insbesondere auf begleiteten Umgang. Darüber hinaus wird nach Aussage von **P21** angestrebt, mit dem Jugendamt und dem Gericht noch enger zusammenzuarbeiten, um klarere Aufträge im Bereich des Kinderschutzes zu bearbeiten.

C. Kritik, Wünsche und Anregungen

P01 kritisiert die politischen Rahmenbedingungen, die es erschweren, die Wünsche und Bedürfnisse der Familien wahrzunehmen und individuelle Lösungen zu finden. P01 wünscht sich von der Politik einen stärkeren Fokus auf individuelle Lösungen und Rahmenbedingungen. Positiv eingeschätzte Aspekte sind nach P01 die Erreichbarkeit des Jugendamtes per E-Mail und die Arbeit mit einer Gruppe von Sozialarbeitern, mit denen sie gut zusammenarbeiten. Kritisch eingeschätzte Aspekte sind nach P01 Schwierigkeiten, neue Mitarbeiterinnen kennenzulernen und ihre Zuständigkeit herauszufinden. Außerdem kritisiert P01, dass teilweise der Wegfall von Mitarbeitern ohne Vertretung sehr kurzfristig bekanntgegeben werde, was zu Verzögerungen in der Hilfeplanung führt

P02 kritisiert, dass sich der Landkreis nicht ausreichend um die Sicherstellung von Qualitätsstandards kümmert. P02 fordert eine bessere Zusammenarbeit und die Sicherstellung von Qualitätsstandards sowie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Verwaltung.

P03 sieht die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt grundsätzlich positiv. Es wird jedoch von P03 auch kritisch angemerkt, dass das Jugendamt als Angebotsträger selbst tätig ist und dadurch in Konflikt mit anderen freien Trägern kommen kann. P03 plädiert für eine stärkere Zusammenarbeit auf Augenhöhe und eine klarere Rollenverteilung.

P04 gibt an, dass die Zusammenarbeit sehr transparent ist, was bedeutet, dass die Fachkräfte die Arbeitsweisen des Jugendamtes einschätzen können und wissen, wer der richtige Ansprechpartner beim Jugendamt ist. P04 betont auch die Wichtigkeit einer schnellen und einfachen Kommunikation mit dem Jugendamt, die nicht immer gegeben ist.

P05 bemängelt die schwierige Finanzierung, die nur prospektiv berechnet wird und nicht ausreichend sei, um die hohen Kosten zu decken. Als Wunsch wird von P05 eine bessere Finanzierung genannt. P05 äußert sich zufrieden über die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, da das Jugendamt jederzeit angerufen werden kann und auf seine Unterstützung Verlass ist. Allerdings kritisiert P05 die schwierige Finanzierung und Verhandlungen mit dem Landkreis, was möglicherweise zu Einschränkungen in der Zusammenarbeit führen kann.

P06 beschreibt die Erreichbarkeit und die Antwortzeiten per E-Mail und Telefon als sehr unterschiedlich gut, je nach Zuständigkeit des Fallmanagers. P06 betont, dass die Fallmanager des Jugendamtes das Feedback der externen Partner mehr hören und aufnehmen und Vertrauen in die Arbeit der externen Partner haben müssen, um eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu ermöglichen. Positiv bewertet P06 den regelmäßigen Erfahrungsaustausch.

P07 gibt an, dass sie in der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt gute Erfahrungen gemacht hat, speziell in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Fallmanagerin des Jugendamtes. P07 betont aber auch, dass es wichtig ist, dass es mehr Zeit gibt, um sich auszutauschen und zu kooperieren, und dass der Stammtisch eine Gelegenheit dafür bietet, um auch in informellen Zusammenhängen zu sprechen.

P08 äußert sich positiv über das Jugendamt und betont, wie wichtig eine gute Zusammenarbeit mit dem Jugendamt ist. P08 sieht jedoch auch einige Schwierigkeiten. Insbesondere die hohe Fluktuation beim Personal des Jugendamtes und die daraus resultierenden Verzögerungen bei der Bearbeitung von Fällen bereiten P08 Sorge. Außerdem bemängelt P08 die punktuelle Unzuverlässigkeit einiger Sozialarbeiter. Trotz dieser Schwierigkeiten betont P08 aber auch, dass das Jugendamt und ihre Organisation ein gutes Verhältnis haben und gut zusammenarbeiten.

P10 kritisiert das Jugendamt hinsichtlich fehlender Hilfeplanung, einem Mangel an erfahrenen Mitarbeitern sowie fehlender Unterstützung seitens des Jugendamts bzgl. Standards und deren

Umsetzung. P10 fordert eine Vermittlung von Standards und eine effektivere Kommunikation und Planung im Sinne der Kinder und Jugendlichen. P10 betont, dass es Mitarbeiter gibt, von denen die Jugendlichen wissen, dass sie sehr gute Arbeit machen und man sich auf sie verlassen und ihnen vertrauen kann. Andererseits kritisiert P10 aber auch, dass in einigen Fällen die Mitarbeiter keine Hilfeplangespräche mehr durchführen, da sie entweder kein Personal haben oder weil die erfahrenen Mitarbeiter in Rente gegangen sind und die jungen Mitarbeiter keine Hilfe bei der Umsetzung der Standards haben. Die Kinder wissen nicht, wer zuständig ist beim Jugendamt und es fehlt die Stabilität in der Hilfeplanung.

P11 kritisiert den Landkreis, weil dieser oft nicht ausreichend aufgeschlossen ist, um qualifizierte Fachkräfte einzustellen und ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. P11 formuliert Forderungen nach einer offenen Kommunikation und einem gemeinsamen Verständnis.

P12 spricht positiv davon, dass das Jugendamt die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus dem Ausland bei der Verteilung an Einrichtungen gut koordiniert hat. Zudem betont P12, dass das Jugendamt nicht selten unter einem hohen Druck stehe, insbesondere bei Fällen von Kindeswohlgefährdung oder häuslicher Gewalt.

P14 kritisiert die Politik, weil sie nicht ausreichend in die Unterstützung von Kindern mit besonderen Bedarfen investiert. P14 fordert eine bessere finanzielle und personelle Unterstützung von Seiten der Politik. P14 kritisiert die Gesellschaft, weil sie teilweise nicht bereit ist zu akzeptieren, dass es Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen gibt. P14 fordert mehr Akzeptanz und Verständnis für Kinder mit besonderen Bedarfen von der Gesellschaft. P14 kritisiert das Jugendamt hinsichtlich der Komplexität einzelner Verfahren und eines Mangels an Solidarität. P14 fordert daher eine einfachere Zusammenarbeit und mehr Solidarität untereinander.

P15 kritisiert die Politik, da die Kürzungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung dazu führen, dass die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter schwieriger werden. Es besteht ein Bedarf an finanzieller Unterstützung und es sollten mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden. P15 kritisiert die Gesellschaft, weil fehlende Sensibilität gegenüber dem Thema Familienarbeit und Familienunterstützung herrscht und die Bedeutung nicht angemessen gewürdigt wird. P15 kritisiert das Jugendamt aufgrund einer fehlenden Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern sowie hohen Verwaltungsaufwands. P15 wünscht sich eine bessere Zusammenarbeit zwischen freien und öffentlichen Trägern, um eine bessere Betreuung und Unterstützung von Familien zu erreichen. P15 sieht bei der Zusammenarbeit zwischen freien und öffentlichen Trägern Verbesserungsbedarf, da es oft um unterschiedliche Zielsetzungen und Arbeitsweisen gehe. P15 beklagt auch den hohen Verwaltungsaufwand. Positiv wird hingegen von P15 die Offenheit und kooperative Haltung des Jugendamtes bewertet, welche im Interesse der Kinder und Familien im Rahmen von Hilfeplangesprächen immer wieder betont wird.

P16 äußert, dass das Jugendamt verpflichtet ist, den fachlichen Blick auf die Hilfen zur Erziehung zu haben und die Familien kennenzulernen, was als positiv eingeschätzt wird. P16 kritisiert jedoch den Verwaltungsaufwand und den Umweg, den Familien nehmen müssen, um die Hilfen zu beantragen. P16 bemängelt auch die Begrenzung der Fachleistungsstunden und dass Erziehungsberatungsstellen in anderen Bundesländern einfacher zugänglich sind als in ihrem Bundesland.

P17 wünscht sich von der Gesellschaft eine stärkere Anerkennung der Arbeit im Bereich der Jugendhilfe und bessere finanzielle Unterstützung. P17 stellt fest, dass sie nun mit dem Jugendamt auf Augenhöhe arbeiten, im Gegensatz zu früheren Zeiten. P17 hebt auch positiv

hervor, dass das Jugendamt detaillierte Fallanfragen stellt und damit für eine bessere Zusammenarbeit und Planung sorgt. P17 kritisiert jedoch, dass die Zeit im Jugendamt oft knapp ist, um die Prozesse gut vorzubereiten.

P18 wünscht sich vom Träger mehr Fahrzeuge für eine bessere Erreichbarkeit der Familien in ländlichen Gebieten sowie weitere Unterstützung und Aufstockung des Personals und der Veranstaltungen für Eltern. P18 äußert sich auch über die Arbeit des Jugendamtes und die Zusammenarbeit mit ihnen. Dabei werden von P18 sowohl positive Aspekte als auch kritische Anmerkungen genannt: Positiv wird betont, dass das Jugendamt in der Regel hinter den Maßnahmen stehe, die sie ergreifen, und dass es auch die Supervisionsarbeit unterstütze, die für die Experten sehr wichtig ist. P18 schätzt auch die generelle Vernetzung zwischen den verschiedenen Kooperationspartnern im Jugendhilfebereich. Kritisch wird von P18 angemerkt, dass mehr Transparenz von Seiten des Jugendamtes notwendig sei, insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Behörden und Gerichten. P18 wünscht sich in diesem Zusammenhang, dass Informationen über Familien und deren Vorgeschichte besser geteilt werden, um die Arbeit effektiver gestalten zu können. Überhaupt werde nach Ansicht von P18 die Arbeit der mobilen Hilfe zur Erziehung im Vergleich zu stationären Maßnahmen zu wenig wahrgenommen und wertgeschätzt

P19 wünscht sich eine bessere Ausstattung mit personellen und finanziellen Mitteln, um den gestiegenen Bedarfen der Hilfen zur Erziehung zu begegnen. P19 fordert vom Jugendamt eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung innerhalb des Helfernetzes sowie schnellere Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren. P19 schätzt die Prozeduren des Jugendamtes bei Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung positiv ein. Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wird jedoch von P19 auch kritisch gesehen, da es oft zu Verzögerungen kommt und das Jugendamt seine Verantwortung nicht immer wahrnehme. Zudem wünscht sich P19 eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung, um das Helfernetz effizienter und produktiver zu gestalten. P19 kritisiert auch die Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren, bei denen die Träger oft in Vorleistung gehen müssen und keine angemessene Wertschätzung erfahren würden.

In Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt erwähnt **P20**, dass die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt nicht immer reibungslos verläuft. P20 stellt fest, dass es in der Vergangenheit Zeiten gab, in denen ihre Ansprechpartner beim Jugendamt oft lange krank waren, Vertretungen stattgefunden haben und Mitarbeiter oft wechselten. Dies hat es für P20 und vor allem die betroffenen Eltern schwierig gemacht, wenn sie über längere Zeiträume immer wieder mit unterschiedlichen Ansprechpartnern konfrontiert wurden. P20 wünscht sich eine bessere Erreichbarkeit der Mitarbeiter des Jugendamts. Nach Meinung von P20 muss es einen einfacheren Zugang zu Hilfen geben. Der Zugang muss in Sprache, Örtlichkeit und Bürokratie einfacher sein, um Familien in schwierigen Lebenslagen besser unterstützen zu können. Insgesamt sieht P20 bei der Erreichbarkeit des Jugendamtes und bei der Kommunikation mit dem Jugendamt Verbesserungsbedarf.